

- Vorlage: 23/SVV/0153
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 3.3 Nachberufung von 2 Mitgliedern in den Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0155
Einreicher: Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 3.4 Park & Ride Parkplatz „Campus Jungfernsee“ erweitern
Vorlage: 23/SVV/0188
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
- 3.5 Konkretisierung der Nachhaltigkeitsstandards sowie Verzicht auf eine
Tiefgarage in den Planungen für Block V
Vorlage: 23/SVV/0189
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD
- 3.6 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes
2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)
Vorlage: 22/SVV/0714
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und
Controlling
- 3.7 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024
Vorlage: 23/SVV/0219
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1
- 3.8 Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen
nutzen
Vorlage: 23/SVV/0172
Einreicher: Oberbürgermeister, GB 1, Kommunaler Immobilien Service
(Mitteilungsvorlage)
- 3.9 Rahmenplan Am Stern
Vorlage: 23/SVV/0171
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Eichert begrüßt als neuer Ausschussvorsitzender die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21.02.2023

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 21.2.2023 gibt es keine Hinweise.

Die Niederschrift wird mit 5:3:0 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges informiert die Verwaltung zum Busdepot im Bebauungsplan 166 Glasmeisterstraße

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen vor für den Tagesordnungspunkt 3.1 Innenstadt – Straßenräume neu denken!

- für Herrn Unterhalt vom Verein „Schöne Städte“ und
- für Herrn Schibilsky für die Anwohner und Gewerbetreibende in der Charlottenstraße

Die Anträge auf Rederecht werden einstimmig bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Innenstadt – Straßenräume neu denken!

Vorlage: 23/SVV/0060

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Rücküberweisung)

Herr Unterhalt (Verein „Schöne Städte“) nimmt sein Rederecht wahr. Er unterstützt die Vorlage der Verwaltung. Bezüglich der geplanten Neustrukturierung der Parkplatzsituation sieht er kein Problem. Auch die Befürchtung von Umsatzeinbußen teilt er nicht. Die Reduktion von Verkehrslärm und gesundheitsschädlicher Abgase sei eine Notwendigkeit. Ebenso wie Klimaanpassungsmaßnahmen. Die Verkehrssicherheit müsse erhöht werden und für die schnelle Anfahrt von Not- und Rettungsdiensten müsse entsprechend Platz geschaffen werden.

Der ausführliche Beitrag wird als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Schibilsky nimmt sein Rederecht für die Anwohner und Gewerbetreibende in der Charlottenstraße wahr. Durch die geplante Umgestaltung befürchten sie Einschränkungen für Lieferverkehr und Rettungsdienste. Liefer-, Rettungsdienst- sowie Patientenverkehre müssen stets gewährleistet sein. Sie plädieren für Tempo 30 in der Charlottenstraße.

Eine Kartenübersicht zum Redebeitrag wird als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 21.2.2023 – Parkplätze Bassinplatz zieht Herr Tomczak für den Antragsteller zurück.

Herr Tomczak bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 21.2.2023 – Fußgängerzone Holländisches Viertel ein:

„Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen in der Anlage 1 so anzupassen, dass das gesamte Holländische Viertel als Fußgängerzone ausgewiesen wird.“

Herr Eichert bringt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 23.2.2023 ein:

„Bei der Umsetzung des Konzeptes „Innenstadt – Straßenräume neu denken!“ werden an geeigneter Stelle des Verwaltungshandelns die Händler, Gewerbetreibende des jeweils betroffenen Abschnitts sowie deren Verbände und Organisationen vor der abschließenden Festlegung der konkreten Maßnahmen darüber informiert und es wird ihnen in geeigneter Form Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen.“

Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 27.2.2023 (ohne Einbringung)

„Das Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken! Konzeptionelle Ansätze für Umnutzungen von Straßenräumen“ bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns, um sich dem Ziel einer **autofreienreduzierten** Innenstadt in der Landeshauptstadt Potsdam schrittweise anzunähern, **unter der Maßgabe, die Bedürfnisse betroffener Hoteliers, Gewerbetreibender, Einzelhändler, Handwerker und Freiberufler stärker als bisher in die Planung einzubeziehen.**“

Herr Jäkel bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.2.2023 ein:

„Die Anlage Konzept ist im Absatz KFZ-Parken (Seite 35) zu ändern:

Im Bereich der Charlottenstraße sind die Gebührenparkplätze zu erhalten.

Diese Änderung ist in Text und Plankarte einzuarbeiten.“

Herr Friederich bringt den Änderungsantrag der Fraktion Mitten in Potsdam ein:

Im Beschlusstext der Vorlage wird das Wort „autofrei“ gestrichen und durch „möglichst autoarm“ ersetzt.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt bezüglich der Charlottenstraße für die Verwaltung Stellung. Die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h wird aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein.

Frau Stolzmann (Fachbereich Stadtplanung) ergänzt zur Charlottenstraße und geht auf das Thema der Beteiligung ein, die umfangreich stattgefunden hat und auch im weiteren Verlauf der Maßnahme stattfinden wird.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich mehrheitlich für ein Tempo-30-Limit in der Charlottenstraße aus. Herr Pfrogner beispielsweise plädiert dafür, die Charlottenstraße als Nebennetzstraße zu führen, dann sei auch Tempo 30 möglich. Frau Hüneke regt eine Behandlung im Zusammenhang mit dem Lärmaktionsplan an.

Weitere Themen sind Lieferzonen für Gewerbetreibende sowie Stellflächen für Arztpraxen in der Charlottenstraße. Frau Reimers plädiert hier für Einzelgespräche mit den Betroffenen, um individuelle Lösungen zu finden. Herr Jäkel dagegen spricht sich für den Erhalt der Parkplätze aus. Einen flexiblen Umgang mit dem Thema Parkflächen fordert Herr Berlin.

Herr Dr. Zöller spricht die Sicherheit von Radfahrern an, die hier deutlich verbessert werden müsse.

Herr Göpel präferiert mittelfristig einen Radring um die barocke Altstadt.

Herr Rubelt geht auf die Anmerkungen der Mitglieder ein. Die Forderung nach Tempo 30 in der Charlottenstraße will er von dem zuständigen Bereich prüfen lassen. Eine Berichterstattung im hiesigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im Juni 2023 möglich.

Der Vorsitzende stellt die Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Abstimmung.

Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 21.2.2023 – Fußgängerzone Holländisches Viertel

„Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen in der Anlage 1 so anzupassen, dass das gesamte Holländische Viertel als Fußgängerzone

ausgewiesen wird.“

Abstimmungsergebnis: mit 5:1:2 angenommen.

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 23.2.2023

Abstimmungsergebnis: mit 1:5:2 abgelehnt.

Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 27.2.2023

Abstimmungsergebnis: mit 0:6:2 abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.2.2023

Abstimmungsergebnis: mit 2:6:0 abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion Mitten in Potsdam vom 21.3.2023

Abstimmungsergebnis: mit 2:4:2 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Konzept „Innenstadt – Straßenräume neu denken! Konzeptionelle Ansätze für Umnutzungen von Straßenräumen“ bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns, um sich dem Ziel einer autofreien Innenstadt in der Landeshauptstadt Potsdam schrittweise anzunähern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen in der Anlage 1 so anzupassen, dass das gesamte Holländische Viertel als Fußgängerzone ausgewiesen wird.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes ist jährlich zu den Baumaßnahmen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **1**

Stimmhaltung: **1**

zu 3.2 Einführung des Systems "Nette Toilette"

Vorlage: 23/SVV/0153

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Tomczak bringt den Antrag ein.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Er hält die Umsetzung für schwierig.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, eine Umsetzung des Systems „Nette Toilette“ in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) vorzubereiten.

Dazu sollen Einrichtungen aus Gastronomie und Einzelhandel dafür gewonnen werden, ihre Toiletten für die öffentliche Nutzung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug beteiligt sich die LHP mit einer pauschalen Geldzahlung an den Kosten für Wasser, Energie und Reinigung.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2023 über den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 4

Stimmhaltung: 2

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.3 Nachberufung von 2 Mitgliedern in den Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 23/SVV/0155

Einreicher: Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) bringt die Vorlage ein.

Auf Nachfragen der Mitglieder geht er ein. Auf die Nachfrage von Herrn Tomczak nach einer paritätischen Besetzung führt Herr Frerichs aus, dass das grundsätzlich angestrebt wird, in diesem Fall aber nicht möglich ist, da die Geschäftsführungen beider Unternehmen ausschließlich männlich besetzt sind.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des

ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters werden mit sofortiger Wirkung für die Zeit bis zum 31. Dezember 2023 als Mitglieder in den Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam berufen:

- Herr Dr. Marcus Kölling, Geschäftsführer der Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering gGmbH
- Herr Ingo Höhn, Geschäftsführer der Märkischen Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.4 Park & Ride Parkplatz „Campus Jungfernsee“ erweitern

Vorlage: 23/SVV/0188

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

Herr Heinzel bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) nimmt für die Verwaltung Stellung. Eine bauliche Erweiterung ist nicht möglich, daher wird überlegt, die Stellfläche als bewirtschafteten Parkplatz zu betreiben und nur für die Nutzer kostenlos zu belassen, die tatsächlich in den ÖPNV umsteigen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, welche zusätzlichen Flächen für die Erweiterung des Park&Ride-Parkplatzes am "Campus Jungfernsee" zur Verfügung stehen und welche finanziellen Mittel hierfür nötig wären.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.5 Konkretisierung der Nachhaltigkeitsstandards sowie Verzicht auf eine Tiefgarage in den Planungen für Block V

Vorlage: 23/SVV/0189

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Frau Stolzmann (Fachbereich Stadtplanung) nimmt für die Verwaltung Stellung. Die Punkte eins bis vier des Antrages sind unproblematisch.

Die Forderung nach einer Herauslösung aus der Stellplatzsatzung allerdings wird von der Verwaltung nicht unterstützt. Die aktuelle Stellplatzsatzung eröffnet die Möglichkeit, mit guten Mobilitätskonzepten die Anzahl der nachzuweisenden Stellplätze zu reduzieren. Festlegungen zur unterbaubaren Grundstücksfläche können zudem im Rahmen des laufenden Bebauungsplanverfahrens SAN P 20 unter Abwägung der verkehrlichen und umweltrelevanten Aspekte getroffen werden. Ziel der Antragstellerin ist es, dass der Block V ohne Tiefgarage errichtet werden kann.

Auf Nachfragen der Mitglieder geht Frau Stolzmann ein.

Herr Rubelt bittet darum, den Antragstext in „weitestgehend ohne Tiefgarage“ zu ändern, da erst auf Grundlage eines abgestimmten Mobilitätskonzeptes geklärt werden kann, inwieweit das Untergeschoss - neben Mieterkellern und Fahrradstellplätzen – auch für allgemeine KFZ-Stellplätze genutzt werden muss. Er erklärt, dass im Bauprozess gemeinsam mit dem Bauherrn, der ProPotsdam, eine möglichst geringe Versiegelung bzw. Unterbauung des Innenhofbereiches angestrebt wird.

Die Antragstellerin hält an ihrer Formulierung fest.

Frau Reimers stellt nach den Ausführungen der Verwaltung fest, dass der Block V in der Stellplatzsatzung verbleiben kann.

Herr Dr. Zöller schließt sich der Meinung von Frau Reimers an. Wenn auch im Rahmen der Stellplatzsatzung möglich ist, auf eine Tiefgarage zu verzichten – z.B. wie von Frau Stolzmann ausgeführt über ein Mobilitätskonzept – dann kann der Satz, „Dazu wird die Herauslösung von Block V aus der Stellplatzsatzung hinsichtlich der Anforderungen an Stellflächen für KFZ analog Block III und IV vorbereitet.“ gestrichen werden.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird in seiner Eigenschaft als Gesellschafter der ProPotsdam beauftragt, sicherzustellen, dass folgende Konkretisierungen in Planung und Ausführung beim Neubauvorhaben Block V im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte beachtet werden:

1. Die weitestmögliche Anwendung der DGNB-Kriterien für einen nachhaltigen Rückbau, um Stoffströme möglichst im Kreislauf zu halten und negative ökologische Auswirkungen des Abrisses zu minimieren,
2. die weitestmögliche Anwendung von Kriterien aus Nachhaltigkeitsstandards wie DGNB Platin, insbesondere QNG Premium oder zukünftigen höherwertigeren Standards, die ganzheitliche Nachhaltigkeitsanforderungen im gesamten Lebenszyklus berücksichtigen, insbesondere:
 - a) Holzhybridbauweise, einschließlich tragender Holzelemente, unter Verwendung von Holz aus weitestgehend nachhaltig bewirtschafteten und regionalen Herkünften,
 - b) Ausschöpfung von Versickerungspotenzialen vor Ort durch Reduzierung der Versiegelung,
 - c) Wärmeversorgung mittels Niedertemperatur-Technik, um baldmöglichst mit dekarbonisierter Fernwärme eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung zu erreichen,
3. eine Gebäudekonzeption, die das Potenzial zur Erzeugung von Solarenergie optimiert und
4. Bauweisen, die es ermöglichen, die Gebäude am Ende ihrer Lebensdauer zu demontieren und im Rahmen der technischen Möglichkeiten Bauteile wiederzuverwenden oder zumindest dem Recycling zuzuführen.

Zusätzlich sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Block V ohne Tiefgarage errichtet wird. ~~Dazu wird die Herauslösung von Block V aus der Stellplatzsatzung hinsichtlich der Anforderungen an Stellflächen für KFZ analog Block III und IV vorbereitet.~~

Stattdessen soll nur ein Untergeschoss als Mieterkeller und – im Sinne eines nachhaltigen Mobilitätskonzeptes – ohne allgemeine KFZ-Stellplätze entstehen. Gleichzeitig sollen dadurch die Versiegelungsfläche im Innenhof verkleinert sowie die Bedingungen für Grünpflanzung und Regenwasserableitung deutlich verbessert werden.

Alle weiteren Inhalte der Beschlussfassung zum Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" Konkretisierung der Sanierungsziele Block V, DS 22/SVV/0931 - darunter der soziale Auftrag bezahlbares und vielfältiges Wohnen zu ermöglichen - bestehen unverändert fort.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.6 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)

Vorlage: 22/SVV/0714

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling

Die Tagesordnungspunkte 3.6 und 3.7 werden gemeinsam behandelt. Debatte siehe Tagesordnungspunkt 3.7.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 7:0:0 angenommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die DS 22/SVV/0714 zur Kenntnis zu nehmen.

zu 3.7 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Vorlage: 23/SVV/0219

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1

Herr Kümmel (Geschäftsstelle Bauen und Projekte) bringt die Vorlage anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt wird ein.

Die Mitglieder erkundigen sich u.a. zu nicht berücksichtigten Maßnahmen wie dem 1.000-Bäume-Programm oder dem Haus der Innovationen in Golm, zur Finanzierung der Digitalisierung oder zur geplanten Verteilung neuer Stellen.

Auf Nachfragen der Mitglieder gehen Herr Kümmel, Herr Rubelt und Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) ein.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage heute in 1. Lesung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 3.8 Besonders attraktive Fördermöglichkeiten für den Austausch von Ölheizungen nutzen

Vorlage: 23/SVV/0172

Einreicher: Oberbürgermeister, GB 1, Kommunaler Immobilien Service

(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0172 zur Kenntnis.

zu 3.9 Rahmenplan Am Stern

Vorlage: 23/SVV/0171

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
(Mitteilungsvorlage)

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) bringt die Vorlage ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 23/SVV/0171 zur Kenntnis.

zu 4 Sonstiges

Information zum Busdepot im Bebauungsplan 166 Glasmeisterstraße

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) teilt mit, dass das Busdepot mangels im Landkreis zur Verfügung stehender Flächen noch zehn bis 15 Jahre am derzeitigen Standort verbleiben muss.